

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

P/II/9

spd/28. Januar 1947

Gestalt und Sicherheit

F.R. "Gewalt nur ist die einzige Sicherheit", sagt, bei Schiller, Elisabeth und lässt wenig später in der Rivalin Maria Stuart den Kopf abschlagen. Wird man mit der gleichen Begründung in Korea mit Deutschland das Gleiche tun oder wird man es lieber lassen? Bisweilen hat man den Eindruck, als würden die Stücke zum Schiffe schon zusammengetragen. Andererseits zeigen sich gegen Foucault und Vollstreckung, vorwiegend wohl aus der einfachen Überzeugung, dass ein Hingerichteter nicht mehr arbeiten und nicht zahlen kann. Die Londoner Verhandlungen über das in Moskau einzuschlagende Verfahren laufen allerdings wider Erwartung glatt. Aber bis zum 10. März kann sich sehr viel ändern, auch an beschlossenen Programmen.

Die Ansichten darüber, was man mit Deutschland tun soll, gehen sehr auseinander. Die verschiedensten Vorschläge werden gemacht, die sowohl die deutsche Wiedergutmachungsleistung wie den deutschen Zukunftsstatus betreffen. Leistungen aller Art und Gebietsabtretungen sind noch nach jedem Krieg die hauptsächlichsten Formen der Wiedergutmachung gewesen. Diesmal entspringen sie dem doppelten Grunde: Wunsch nach Vergeltung (als moralischem Prinzip, im Gegensatz zu dem materiellen Prinzip der Ersatzleistung) und Wunsch nach Sicherheit.

Die Verfechter der Sicherheitstheorie, an der Spitze Frankreich, können als wichtigstes Argument für sich ins Feld führen, dass ein auch nur teilweise Aufgeben dieses politischen Motivs sie gerade am erst an den Abgrund geführt hat. Ihr ausserstes Misstrauen ist also verstandlich. Frankreich will also unter allen Umständen die Entstehung eines neuen starken Deutschland verhindern.

Die Gefahr nicht nur für Frankreich ist aber, dass ein nach französischen Wünschen geformtes lebensunfähiges Deutschland zwar eine andersgeartete als eine militärische, darum aber kaum eine geringere Bedrohung darstellt, und zwar als ewiges politisches Unruhezentrum, oder als teures Zuschussgebiet, wenn man nicht die dritte, noch schlimmere Möglichkeit einer riesenhaften, schwärenden Wunde im Körper Europas vorziehen will. Auf diese Gefahr ist nicht nur aus Deutschland immer wieder hingewiesen worden, und es ist immerhin erfreulich zu sehen, dass die Zahl derer, die diese Gefahr erkennen, zugenommen hat. Die Gegner dieser Auffassung sind heute in der Minderheit, umso hartnäckiger verteidigen sie ihre Positionen.

Es menen sich die Anzeichen, dass die amerikanisch-englische Politik, die Entstehung eines verewigten Chaos in Mitteleuropa zu verhindern, künftig auch von dem russischen Alliierten nicht nur formell und aus propagandistischen Gründen, sondern auch tatsächlich unterstützt werden wird. Die kürzliche Meldung der Madame Tabouis, Stalin sei bereit, der wirtschaftseinheit Deutschlands und der Anerkennung der politischen Einheit in der Form eines deutschen Bundesstaates zuzustimmen, ist durch die in London überreichte Denkschrift bestätigt worden. Auch dieser Sachverhalt spricht dafür, dass die Möglichkeit eines Verzichtes auf Gewalt als einziger Garantie für Sicherheit doch immerhin schon ernster genommen wird, als noch vor einiger Zeit, wenn auch nicht überall, wie das französische und auch das polnische Beispiel zeigen.

Auch gegen langfristige und sehr umfassende Kontrollen kann es, so wie die Dinge liegen, keine ernsthaften deutschen Einwände geben. Aber Gewalt - und nach dem vollkommenen Zusammenbruch der deutschen Militärmacht kann darunter nur die verewigte wirtschaftliche Versklavung und politische Entmündigung verstanden werden - bringt nicht Sicherheit, sondern allgemeine Unsicherheit. Sie verhindert vor allem jede nützliche Funktion des aussenseiters der Gesellschaft eben für diese Gesellschaft, in die er nach beständener Bewährung wieder aufgenommen werden soll. In dieser Auffassung besteht in Deutschland kein Unterschied bei den Parteien. Sicher wäre es höchst unklug, eine Regelung der deutschen Frage - gleich in welcher Form, ob über eine verantwortliche Zentralregierung oder als dekretierte Zwischenlösung - zu treffen, ohne diesen fundamentalen Grundsatz zu beherzigen.

(m/281/L/he/1)

Wieder Kampf um Paragraph 218?

K.W. Es scheint, als wollten alle Probleme, die die Öffentlichkeit vor 1933 bewegt und erschüttert haben, wieder neu behandelt werden. Eines dieser Probleme ist die Frage, ob der vielumkämpfte § 218 des Strafgesetzbuches heute zu Recht bestehen kann oder nicht. Wir erinnern uns, dass die Erörterung dieses Themas schon vor 1933 die Geister geschieden hat. Politiker, Ärzte, Psychologen, Geistliche, Sozialkritiker und Frauen aller Kategorien haben sich an dieser lebendigen Auseinandersetzung beteiligt. Der Staat Hitlers hat diese Auseinandersetzung durch eine kategorische Entscheidung beendet. Mit der humanitären Phrase vom unattingbaren Sinn der Mutterschaft nahm er allen nur denkbaren medizinischen Einwänden gegen mögliche Abtreibung den Wind aus den Segeln, um hinter dieser Phrase das grosse barbarische Geschäft einer kaltblütigen Bevölkerungsaufzucht zu betreiben. Dieser Abschnitt der deutschen Bevölkerungspolitik ist zu Ende.

Und heute? Der menschenfressende Krieg, der Millionen weggerafft hat, hat diese Vorsorge Hitlers bestätigt, so meinen bereits wieder neue "Bevölkerungspolitiker". Sie weisen weisen darauf hin, dass das deutsche Volk durch die riesigen Menschenverluste schwer geschwächt sei und so vielleicht aufs neue jedes sich entwickelnde Leben bitter für seine Zukunft brauche. Solche Rechenexempel mit der Masse des Volkes und der Völker sollten mit den vielen todesweiherten Ideologien der Vergangenheit aufhören. Der Mensch soll, wenn anders die Katastrophe für die Zukunft überhaupt einen Sinn haben soll, als die sittliche Grösse neuer Demokratie aus der Asche unserer Häuser auferstehen. Und dieser Mensch ist jeder. Jeder Mann und jede Frau. Und diese Frau nicht zum wenigsten. Die Zeiten eines heroischen Kampfes um die Gleichberechtigung der Frau sind vorbei, seitdem diese Frau, gezwungen oder freiwillig, in fast jedem Beruf steht, ja stehen muss, um ihre Existenz zu sichern. Man kann nicht am Ende eines Krieges, der Millionen Frauen die Pflicht auferlegt hat, Mutter und Ernährer der Familie sein, und der ihnen heute, wo Millionen Männer gefallen oder gefangen sind, diese Pflicht ins Unendliche verhängt, plötzlich wieder Maßstäbe an die Frauen schlagen, die endgültig einem anderen Zeitalter angehören.

Es liegt ausser allem Zweifel, dass den Menschen immer wieder der Wunsch beflügeln wird, sich selber und seine Zukunft durch das Kind zu bestätigen. Dieser Wille zum Kind ist vielleicht gerade durch diese menschliche Zeit der vergangenen Jahre echt und unverlierbar geworden. Aber ebenso gross hat sich neben diesen Willen das Gefühl der Verantwortung für das Kind gestellt. Dass heute, da die Zerküftung wirtschaftlicher und sozialer Art wie nach keinem vergangenen Kriege durch die Millionen Kellerwohnungen und Flüchtlingsquartiere zieht, diese Verantwortung besonders ernst sein muss, liegt auf der Hand.

Immer haben bei der Diskussion dieser Frage die beiden Faktoren der medizinischen und der sozialen Indikation eine Rolle gespielt. Es gibt heute sehr gewichtige Gründe, die die Konsequenz ablehnen. Die Haltung mancher Bevölkerungsgeschichten zu diesen Fragen scheint erschütternd. Dass die besonderen Zustände nach und während der Katastrophe auch eine ungewöhnlich grosse Zahl von Frauen in unschuldige Not gebracht haben, erhöht die Aktualität dieses Problems beträchtlich. Und es ist verständlich, dass diese Diskussion deshalb

deshalb gerade in Berlin und in der Ostzone am lebhaftesten in Gang gekommen ist. Hier kompliziert sich das Problem in besonderem Masse.

Wie bemerkenswert sich freilich die Standpunkte gegenüber den Jahren vor 1933 verschoben haben, geht daraus hervor, dass die in der SED organisierten Kommunisten zwar die Initiative zur Diskussion über die Reform des Abtreibungsparagraphen ergriffen haben, zugleich aber die Meinung vertreten, dass die "Gesellschaft ein Recht auf das Kind im Prinzip habe". Das Recht der Frau auf ihren Körper wird auch in einer Stellungnahme der Zentralverwaltung für die Ostzone abgelehnt, und der Reform nur sehr behutsam unter vielen Sicherungen medizinischer Natur das Wort geredet. Dabei ist deutlich zu bemerken, dass die vernationalsozialistische Argumente des pro und contra nur noch in bescheidenem Masse vor der radikal veränderten Wirklichkeit Bestand haben.

Die Situation einer sozial aufs ausserste gefährdeten Gesellschaft schiebt allgemeine Überlegungen von Menschenrecht und Menschenpflicht in den Vordergrund, die ebenso neu wie zwingend sind. Man braucht heute nicht mehr mit dem Wunsch nach verantwortungsvoller Freizügigkeit herumzuschlagen, wenn man die ausschliessliche Gültigkeit dieses Paragraphen als absurd für unsere Zeit betrachtet. Die Verantwortlichkeit liegt heute auf der Seite derer, die hier eine Reform und zwar sehr schnell durchzuführende Reform befürworten. Jedes irgendwie geartete "bevölkerungspolitische" Argument ist, von welcher Seite es auch kommen mag, eine Vergewaltigung der menschlichen Verantwortung. Die Not unserer Tage ist mehr als ein Augenblickszustand. Sie ist eine Aufgabe. Die Aufgabe dieser Zeit aber heisst: dem Menschen wieder das Gewicht zu geben, das ihn die Schöpfung zuerkennt. Nicht die freie Abtreibung ist also die Förderung, sondern die Verantwortung für jedes Menschenleben, das wir dem Leben überantworten. (b/181/BL7/1/pe)

Republikaner gewinnen Boden

Von der Bedeutung des Kurswechsels in den USA

Ein besonders guter Kenner der nord-amerikanischen Verhältnisse schreibt uns:

Die Republikaner betrachten sich als beauftragt, den Roosevelt'schen innen- und äusserpolitischen Kurs erheblich zu ändern. Sie werden ausserdem versuchen, so weit wie möglich schon jetzt die Entschlüsse des demokratischen Präsidenten Truman zu beeinflussen. Daneben aber werden sie intensiv auf ein anderes Hauptziel hinarbeiten; bei den im nächsten Jahre fälligen Wahlen den Präsidentenstuhl zu gewinnen.

Gegen die Gewerkschaften

Die traditionelle Politik der Republikaner ist gegen auswärtige Verwicklungen, gegen jede Einflussnahme der Regierung auf Industrie und Landwirtschaft und für hohe Einfuhrzölle. Jeder Sozialisierungsgedanke wird strikt abgelehnt. Aus dieser Einstellung heraus bekämpften die Republikaner von Anfang an Roosevelts "New Deal". Ihre Kritik an der Roosevelt'schen Administration richtet sich gegen die Ausgabe öffentlicher Gelder für die Arbeitsbeschaffung

und gegen die angewachsenen Defizite im Sta. teshaushalt. Vor allem jedoch gegen die Arbeitsgesetzgebung, durch die die Gewerkschaften eine, nach republikanischer Ansicht geradezu gefährliche Macht gewonnen haben. Die Republikaner sind daher entschlossen, durch eine entsprechende Gesetzgebung die Macht der Gewerkschaften zu brechen und so weit wie möglich ihren Einfluss auf die Wirtschaft der U.S.A. überhaupt auszuschalten.

In diesen Bestrebungen ist der Präsident Truman den republikanischen Wünschen bereits erheblich entgegengekommen. So hat er nach und nach die gesamte, von Roosevelt herrührende System der Lohn- und Preiskontrolle aufgehoben, offiziell das Ende der Feindseligkeiten verkündet, wodurch eine erhebliche Anzahl von Notverordnungen hinfällig wurde, und schliesslich hat er dem Kongress einen ausgeglichenen Etat vorgelegt, dessen Inhalt allerdings selbst von den Republikanern als schwierig bezeichnet wird. Geradezu überraschend aber ist auch für die Republikaner, mit welcher Bereitwilligkeit in der Botschaft an den Kongress von einer Modifizierung der bestehenden Arbeitsgesetze gesprochen wurde.

Basarankung der Auslandsbeziehungen

In der Aussenpolitik deckt nach Ansicht der Republikaner die Zweiparteien-Politik lediglich die Friedensvertrags-Vorhandlungen, erstreckt sich jedoch nicht auf die Wirtschaftspolitik der Regierung. Viele Republikaner lehnten Bretton Woods ab, noch mehr waren sie gegen die England-Anleihe. Sie erklären die bisherige Anleihegewährung als übertrieben und leichtsinnig. Ihr Misstrauen richtet sich gegen die Absichten der Regierung, über gegenseitige Handelsabkommen, die Tarifsenkungen mit sich bringen könnten, zu verhandeln. Allerdings besteht nach Aeusserungen von Senator Taft, dem gute Aussichten für die Präsidentschaft zugesprochen werden, nicht die unmittelbare Absicht einer Ablehnung von Bretton Woods, der Welt-Bank usw., sondern man will erst abwarten, wie diese Vereinbarungen und Institutionen sich auswirken. Alle Tarifänderungen in Vorbereitung der Errichtung einer Welt-Handels-Organisation, sowie weitere ausländische Anleihebewegungen sollen künftig vorsichtigste Prüfung erfahren. Mit der Billigung des Kongresses von weiteren bedingungslosen Zuwendungen an die Export-Import-Bank ist nicht zu rechnen. Auch die Aussichten der Russland-Anleihe sind erheblich schlechter geworden.

Wirtschaftskrise und Sozialisierung

Eine Hauptsorge auch für die Republikaner bildet die Vermeidung einer Wirtschaftsadpression. Um einer Deflation vorzubeugen, hält man es für erforderlich, die Dollar-Kaufkraft auf Zweidrittel des Vorkriegsstandes zu stabilisieren. Um erhebliche Steuersenkungen vornehmen zu können, sollen die öffentlichen Ausgaben gekürzt werden, jedoch nicht so weitgehend, wie ausdrücklich betont wird, dass dadurch die militärische Sicherheit der USA gefährdet werden könnte. Es spricht für die krasse privatkapitalistische Einstellung der Republikaner, dass als erste Pflicht des Kongresses, um dieses Krisenprogramm durchführen zu können, die sich ausschliesslich gegen die Gewerkschaften richtende Änderung der bestehenden Arbeitsgesetze bezeichnet wird.

Mit diesen Massnahmen hoffen die Republikaner einer etwaigen Depression begegnen zu können, die sich, worüber sie sich eindeutig klar sind, für die USA sowohl wie für die übrige Welt vernichtend auswirken müsste. Zugleich will man auch wie vor sein ganzes Gewicht für die Vereinigten Nationen einsetzen, ohne sich im Auslande in besondere finanzielle oder andere Verantwortlichkeiten einzulassen. F.C.M.R.

USA-Zusammenarbeit mit Nazis

Die Enthüllungen des USA-Staatsanwaltes John Rogge

Nach Meldungen aus Paris hat der amerikanische Staatsanwalt John Rogge kurz nach Beendigung des Krieges auf Grund intensiver Nachforschungen in Deutschland einen 350 Seiten umfassenden Bericht über die Zusammenarbeit führender Amerikaner mit den Nationalsozialisten verfasst. Seitdem ist John Rogge in der Versenkung untergetaucht und der Mann in den USA geworden, von dem niemand spricht, bzw. von dem man nicht sprechen soll. Rogge hat nicht nur fast alle deutschen Hauptkriegsverbrecher interviewt; sondern auch die Archive der Wilhelmstrasse und des ehemaligen Reichswirtschaftsministeriums durchforscht und dabei überraschende Zusammenhänge zwischen bekannten amerikanischen Politikern und Wirtschaftlern und den "Prominenten" des Dritten Reiches festgestellt. Dazu zählen u.a. der bekannte Senator Wheeler, der Rundfunkpater Charles Coughlin und andere Mitglieder des Komitees "Amerika zuerst", wie Oberst Lindbergh, der ehemalige Botschafter in China, Senator J. Hurley, der Gewerkschaftsführer John Lewis und sogar der Gouverneur von New York, Dewey, der zu den Kandidaten für die nächsten Präsidentschaftswahl gerechnet wird. Unter den Wirtschaftlern befinden sich James Mooney, der Vizepräsident der General Motors, der Petrolkönig William Davis, Henry Ford, der Präsident der International Telephone and Telegraphen Co., Sophanes Behn, sowie ein gewisser Carl Byoir, der in Wallstreet eine grosse Rolle spielt. Nach dem Bericht Rogges soll Pater Coughlin durch einen Vertrauensmann Thomas Reardon mit Ribbentrop in Verbindung getreten sein, um von diesem eine Erklärung zu erhalten, dass die Nationalsozialisten eng mit der christlichen Religion verbunden seien. Dieser Wunsch konnte ihm jedoch aus verschiedenen Gründen nicht erfüllt werden. Einige Monate später traf dann der inzwischen verstorbene Petrolkönig Davis in Berlin ein und hatte zahlreiche Unterredungen mit führenden Nazis, darunter auch mit Göring. Er war ein Feind der Demokratie und wollte unter allen Umständen eine Wiederwahl Roosevelts im Jahre 1940 verhindern. Davis war eng mit John Lewis befreundet, den er auch von Berlin aus über seine Verhandlungen laufend unterrichtete. 1944 versuchten die Nazis, um einen Kompromissfrieden zu erhalten, alles, um die Wahl Deweys als Gegenkandidaten Roosevelts durchzusetzen. Sie setzten dafür den ihnen seit 1940 zur Verfügung stehenden Fonds von 3 Millionen Dollar ein, doch waren sie, wie Göring erklärt hat, bereit, auch 150 Millionen Dollar zu opfern, wenn es dadurch gelangen wäre, die Wiederwahl Roosevelts zu vereiteln. Die Transferierung dieser Summe liess sich jedoch aus technischen Gründen nicht realisieren. (m/B10/181/1/hc)

Vorwegens ruhige Entwicklung

Norwegen war das erste der befreiten Länder Europas, in dem wieder Parlamentswahlen stattfanden. Bei den Wahlen zum Storting im Oktober 45 erhielt die Arbeiterpartei 76 der insgesamt 150 Sitze. Einar Gerhardsen bildete ein dreieinziges sozialistische Regierung, die noch immer im Amt ist. Da noch während des Krieges die Parteien sich auf ein gemeinsames Programm für die Zeit des Wiederaufbaues einigten, die mindestens fünf Jahre in Anspruch nehmen wird, verläuft das politische Leben in Norwegen im allgemeinen recht ruhig; man erwartet jedoch einen scharfen politischen Kampf, wenn die Frage geklärt werden soll, ob die Planwirtschaft der Übergangszeit beibehalten werden soll, oder nicht, und ob die sozialistische Form annehmen soll. Bisher folgte die Regierung der sog. Stabilisierungslinie, d.h., das Preisniveau wird durch eine scharfe Preiskontrolle und durch Staats-Subsidien reguliert, um die Preise der wichtigsten Artikel des täglichen Lebens (u.a. auch der Landwirtschaftlichen Produkte) niedrig zu halten. (m/B10/281/1/hc)